# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31507
Telegr.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger
Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 666
Postscheck-Konto: Nr. 512 Dresden

**Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.**

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co. Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Musestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.20. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugsgeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
90. Jahrgang

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Nr. 162 — Freitag, den 13. Juli — 1928


# Die Steuervorlage angenommen

## Nur eine knappe Mehrheit

**Berlin**, 12. Juli. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Es beginnt die zweite Beratung des von den Kommunisten beantragten Gesetzentwurfes auf Aufhebung der Lohnsteuer. Der Ausschuß beantragt, mit Wirkung ab 1. Oktober den von der Lohnsteuer monatlich erfolgenden Abzug von 15 Prozent auf 25 Prozent bezw. höchstens 3 Mark monatlich zu erhöhen. Unter die Ermäßigung sollen Einkommen bis zu 15 000 M. fallen. Ferner soll eine Ermäßigung dadurch erfolgen, daß das zu versteuernde Monatseinkommen auf volle 5 M. nach unten abgerundet wird. In einer Entschließung ersucht der Ausschuß die Regierung angesichts des hohen Steuerdrucks, in den Sommermonaten eine Prüfung der Frage der Einkommensteuer in den unteren und mittleren Stufen durchzuführen und dabei die von den Parteien gestellten Anträge zu berücksichtigen.

Abg. Rademacher (Dnat.) erklärt, es handele sich um ein Trinkgeld zur Abfütterung demagogischer Versprechungen. Der weitaus größte Teil der deutschnationalen Fraktion werde gegen die Vorlage stimmen. Abg. Dr. Herlacher (Bayr. Vp.) äußert starke Bedenken. Abg. Hertz (Soz.) erklärt, auch die Sozialdemokraten seien der Auffassung, daß die Senkung außerordentlich gering sei.

Eingegangen ist ein Antrag der Deutschen und Bayrischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, den Gesetzentwurf bis zum Herbst zurückzustellen. Abg. Drewitz (Wirtschaftsp.) stimmt dem Antrag auf Zurückstellung bis zum Herbst zu. Abg. Dr. Brüning (Ztr.) erklärt, seine Partei stimme der jetzigen Steuersenkung nur unter der festen Voraussetzung zu, daß die für den Januar vorgesehene Reform damit vorweggenommen werde. Abg. Dr. Becker-Hessen (Dt. Vp.) tritt für die Verschiebung der Steuersenkungsfrage bis zum Herbst ein. Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) sieht in der Vorlage den ersten Schritt zur Erfüllung des Regierungsprogramms. Es sei gefährlich, eine Steuersenkung abzulehnen, die der Minister als erträglich bezeichnet habe. Abg. v. Sybel (Christl.-Nat. V.P.) erklärt, die jetzige Vorlage entspringe nur einem agitatorischen Bedürfnis und werde von seiner Partei abgelehnt.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag der Vertagung bis zum Herbst gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei abgelehnt. Ebenfalls der Ablehnung verfällt der kommunistische Antrag über die Erhöhung des Existenzminimums auf 1800 Mark mit 343 zu 59 Stimmen.

Der Gesetzentwurf wurde dann in der Ausschußfassung mit 203 zu 187 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Nationalsozialisten sowie einige Deutschnationale und Volksparteiler.

## Severing stellt sich dem Reichsrat vor

Die gestrige Vollsitzung des Reichsrates wurde zum ersten Male vom neuen Minister des Innern Severing geleitet, der in einer Ansprache an den Reichsrat betonte, trotz aller Differenzen, die sich aus traditioneller und geschichtlicher Auffassung ergeben würden, hoffe er doch auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten des Reichsrates und der Reichsregierung, da ja die neue Gliederung des Reiches nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zu dem Zwecke sei, Staat und Volk kulturell, wirtschaftlich und politisch vorwärts zu bringen. Er sei überzeugt, daß der Reichsrat mit ihm in dieser Beziehung einig sei.

## Mit der Reichsbahn wird weiter verhandelt

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung mit der Frage der Erhöhung der Eisenbahntarife. Es beschloß zur Klärung der Angelegenheit, die Verhandlungen mit der Reichsbahn durch die zuständigen Ministerien fortzuführen.

## Schweres Verkehrsunglück im Harz

### 9 Tote!

Am Donnerstag nachmittag ereignete sich in der Nähe von Walkenried im Südharz ein schweres Unglück. Zwei Autobusse, deren Teilnehmer einen Schulausflug machten, kamen die Straße von Bad Sachsa nach Walkenried gefahren. Im ersten Wagen befanden sich Schulkinder, die mit ihren Eltern einen Autoausflug unternahmen. Im zweiten folgten die Angehörigen selbst. In jedem der Autobusse befanden sich etwa zwanzig Personen. An der Stelle, wo die Wald verläßt, stieß der zweite Autobus

**an einem unübersichtlichen und ungesichterten Bahnübergang (!)**

mit einem Zuge der Südharzbahn zusammen. Der erste Autobus kam gerade noch über das Gleis. Der zweite fuhr geradewegs in die Maschine hinein, wurde mitgeschleift und zwischen der Lokomotive und einem nahestehenden Baum an der Landstraße durchgepreßt und völlig zertrümmert. Die Lokomotive stürzte den Fahrdamm hinunter. Der Lokomotivführer und der Heizer hatten, als sie die Gefahr kommen sahen, sofort sämtliche Bremsen gezogen und Rückdampf gegeben.

Bei dem Verkehrsunglück sind fünf Personen auf der Stelle getötet worden. Vier weitere starben auf dem Wege nach dem Krankenhause in Walkenried. Von den 21 übrigen trugen die meisten schwere Kopf- und Brustverletzungen davon. Der unterbrochene Bahnverkehr wird durch Autos aufrechterhalten. Die Warnungstafel der Kleinbahn ist an der Unglücksstelle fast unkenntlich und deshalb von den Chauffeuren offenbar übersehen worden.

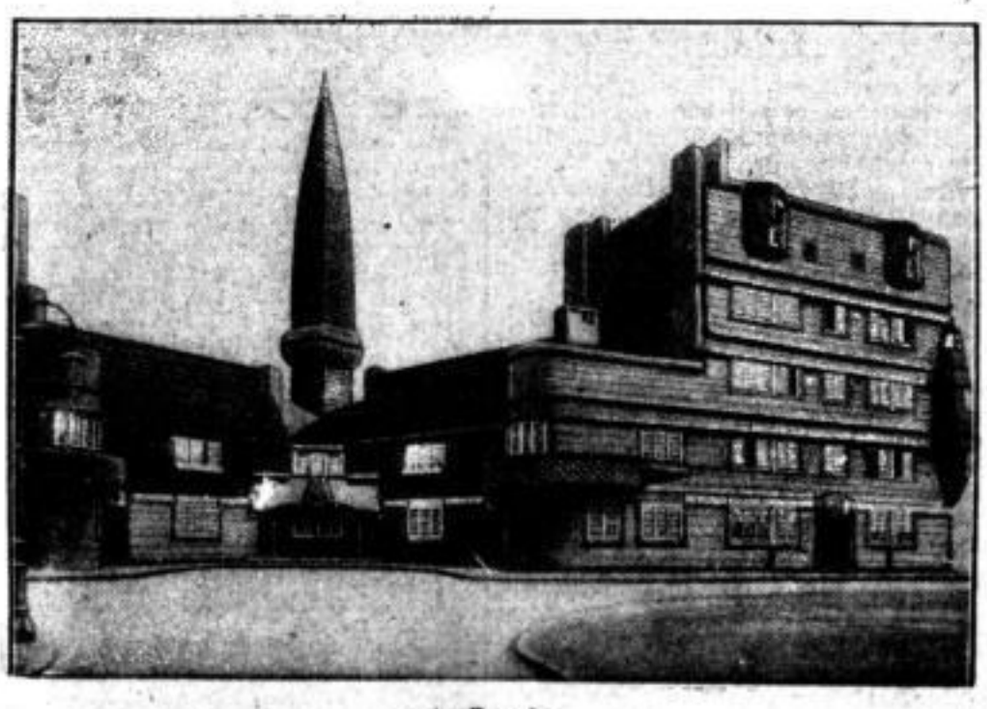
## Abänderung des sächsischen Landeswahlgesetzes

Wie der „Sächsische Zeitungsdienst" von unterrichteter Seite erfährt, ist damit zu rechnen, daß die sächsische Regierung dem Landtag nach seinem Wiederzusammentreten im November einen Gesetzentwurf auf Abänderung einiger Bestimmungen des sächsischen Landeswahlgesetzes vorlegen wird. Die Abänderung wird sich auf die Bestimmungen über die einem Wahlvorschlag anzufügende Zahl der Unterschriften und über die als Unkostenbeitrag zur Herstellung des amtlichen Stimmzettels geforderte Kaution beziehen und Aenderungen im Sinne der bekannten Urteilssprüche des Staatsgerichtshofes vorsehen.

## Steigende deutsche Naturallieferungen an Frankreich

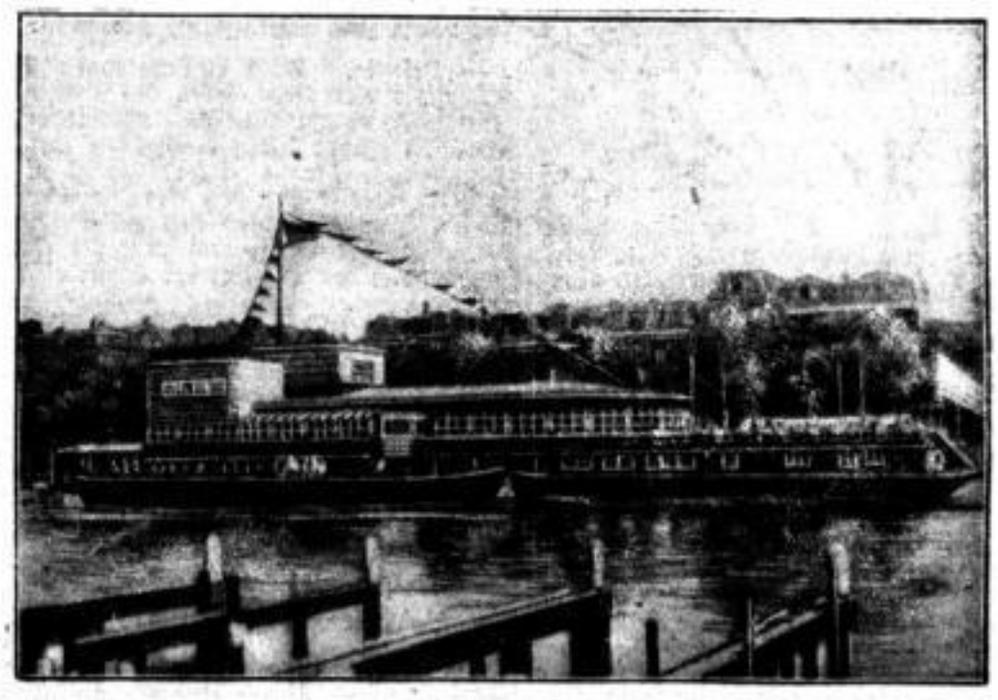
Das französische Finanzministerium teilt mit, daß die immer größere Benutzung der deutschen Naturalleistungen durch die französische Industrie und den Handel es ermögliche, für das fünfte Dawesjahr die Ausführung umfassender Arbeitsprogramme ins Auge zu fassen. Zum Schluß wird erklärt, daß das Finanzministerium augenblicklich zusammen mit mehreren Handelskammern und Berufsverbänden Formeln für die Zusammenarbeit zwischen französischen und deutschen Industriellen ausarbeite, die die Ausführung des Dawesplanes unter für beide Teile zufriedenstellenden Bedingungen sichern werde.

## Moderne Architektur in Amsterdam



**zu Lande**

Ein von einem Amsterdamer Wohnungsbauverein errichteter Wohnhausblock, der trotz seiner eigenartigen Linienführung sich dem Charakter des Stadtbildes malerisch anpaßt.



**zu Wasser**

Das Hausboot „Amsterdyk" des Amsterdamer Ruderbootvereins, das in riesigen Ausmaßen erbaut und mit allen Bequemlichkeiten ausgestattet ist.